Gieseke, Jens (Hrsg.): *Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007. ISBN: 978-3-525-35083-6; 391 S.

Rezensiert von: Alf Lüdtkke, Universität Erfurt / Hanyang University, Seoul, Korea

I.

Der Band versammelt Beiträge einer Konferenz aus dem März 2006, zu der die Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit (BStU) geladen hatte. In seiner Einleitung betont der Herausgeber, es gehe darum, von einer „apparatzentrierten zu einer wirkungsgeschichtlich zentrierten Forschung“ zu kommen, die nicht nur die Durchsetzungsfähigkeit, sondern auch die „Grenzen des Stasieinflusses“ erkunde. Nur dann sei eine „Gesellschaftsgeschichte der DDR insgesamt“ möglich (S. 7). Sie müsse vom „gängigen Top-Down-Modell ideologisch gesteuerter kommunistischer Herrschaftsausübung“ abrücken und die „soziale Interaktion zwischen Herrschenden und Beherrschten [einbeziehen]“ (S. 8).

Zu Recht erinnert Jens Gieseke daran, dass solche Fragen bereits in den 1990er-Jahren (direkt nach der Aktenöffnung) gestellt wurden. Ebenfalls zutreffend ist allerdings sein Hinweis, die Erforschung der Geschichte der „Stasi“ bleibe in hohem Maße auf tagespolitische Kontroversen und mediale Aktionismen bezogen; sie aber prämierten den Blick auf die Durchsetzungsmacht „von oben“.

Seine Forderung, eine „neue, politische Sozialgeschichte der staatssozialistischen Diktatur“ (S. 12) zu entfalten, ist freilich so neu wieder nicht. Die Kritik an Sozialgeschichte als einer Forschung „politics left out“ (Geoff Eley / Keith Nield) liegt schließlich seit den 1980er-Jahren auf dem Tisch; vor allem ist sie in vieler Hinsicht längst eingelöst, ist zumindest auf gutem Wege.

Immerhin trifft zu, dass für Arbeiten zur Geschichte der DDR die Separierung von Sektoren (des Politischen, des Gesellschaftlichen) immer noch attraktiv scheint. Einsichten in vielfältige Wechselwirkungen und Resonanzen ‚quer‘ zu jeweiligen Abgrenzungen (etwa zwischen Gesellschaft und Politik), wie sie alltagsgeschichtliche wie postkoloniale Ansät-

ze, aber auch die Forschungsgeschichte zum Nationalsozialismus, eröffnet haben, bleiben ausgeklammert.

Umso mehr überrascht, dass in dieser ebenso knappen wie ambitionierten Eingangsskizze an wichtiger Stelle eine Top-Down-Orientierung durchschlägt. Zu Recht betont der Herausgeber, dass es nicht ausreiche, nur mit dem „klassischen Raster von Widerstand und seiner Verfolgung“ zu operieren. Vielmehr komme es darauf an, jene MfS-Aktivitäten einzubeziehen, die sich gegen die breite Mehrheit der zumindest äußerlich angepassten DDR-Einwohner richteten (S. 8).

So sehr es zutrifft, dass in den Apparaten die „Sicherheitsdoktrin“ der SED zentral war – wie stand es bei deren ‚Objekten‘ für die SED: bei „unseren Menschen“ mit ihren äußerlich vorgezeigten Praktiken wie mit ihren innerlichen Orientierungen, Ängsten und Sehnsüchten? Ihre Mischungsverhältnisse erschließen sich freilich erst in genauer Detailerkundung, etwa von Tages-, Jahres- oder Lebensläufen. Hier hätten die Überlegungen von Thomas Lindenberger (in seinem unmittelbar folgenden Beitrag!) weitergeführt, zur „SED-Herrschaft als sozialer Praxis“: Wie weit reichten gegenüber den Aneignungspraktiken dieser historischen Akteure die staatlichen und parteilichen Ansprüche wie Zumutungen, zumal die des MfS?

Einen weiteren Anknüpfungspunkt für diese Frage bietet der zweite, hier direkt folgende Beitrag von Jan C. Behrends, zu Stalinismusforschung und DDR-Geschichte. Zu Recht verweist Behrends auf Forschungen (unter anderem Jochen Hellbeck), in denen die Attraktion „bolschewistischer Ideologie für einen Teil der russischen Bevölkerung“ in den 1930er-Jahren erkennbar oder doch zum Thema wird (S. 66).

II.

Diesen Einführungen folgen elf Beiträge, aufgeteilt auf vier materiale Abschnitte (denen jeweils ein Kommentar beigegeben ist). Die drei Beiträge der ersten Sektion behandeln die „ZAIG-Berichte“. Diese Berichterstattung der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ (so ab 1965, S. 83) gelten den Autoren als exemplarische Indikatoren für das Verhältnis der Herrschenden zu einer womöglich eigenständigen Öffentlichkeit.

In der Tat geben Formen und Praktiken der Berichterstattung keinerlei Anlass, darin ein Surrogat für eine Pluralität von Positionen und eventuellen Kontroversen zu erkennen (vgl. Ralph Jessens Kommentar, S. 162). Nach einer scharfen Intervention des SED-Ersten Sekretärs Walter Ulbricht Anfang 1957 (Suckut, S. 82) – eine solche Berichterstattung sei parteischädigend – unterblieb sie dann bis zum Ende der DDR. Genauer: Es gab zwar viele „problembezogene“ Berichte, aber es unterblieb jede systematische Zusammenschau (vgl. dazu aus einem der Beispieljahre, 1976¹, einen Bericht über das „Gesundheitswesen“, vgl. Suckut, S. 116 ff.).

Zugleich unterstreichen diese Analysen das hohe Maß an politisch-willkürlicher Selektivität bei der Weitergabe. Viele Berichte wurden überhaupt nicht weitergegeben, oder sie gingen nur in (mehrfach) überarbeiteter Form heraus (vgl. Suckut, S. 119 ff.; Joestel, S. 156). Zudem war die vom MfS, das heißt vielfach vom Minister Mielke selbst festgelegte Auswahl der Adressaten keineswegs nach Zuständigkeit geordnet. Vielmehr reflektierte sie offenbar die Wahrnehmung Mielkes von der Rolle der Adressaten in der Politbüro-Hierarchie (Joestel, S. 149, 156).

Weiterführend sind Hinweise auf lokale bzw. Berichte der Kreisdienststellen (auch in Beiträgen der anderen Sektionen, zum Beispiel Gary Bruce): Die relative Dichte der Berichterstattung dort wurde „weiter oben“ vielfach verdünnt oder ganz ausgefiltert. – Ähnliches lässt sich übrigens auch für die Berichterstattung innerhalb anderer Bereiche zeigen, etwa im FDGB, wo ab den späten 1950er-Jahren die enorme Dichte lokalbetrieblicher Berichte von den mittleren und höheren Zuständigen kaum noch weitergereicht wurde. Ob dies womöglich auch ein (indirekter?) Reflex auf das Ulbrichtsche Verbot von „Stimmungsberichten“ war (in MfS-Berichten, Februar 1957, s.o.), lässt sich vorerst nicht klären. Immerhin wird eine Zäsur erkennbar. Sie ist ein weiteres starkes Indiz für eine genauere Periodisierung der DDR-Geschichte. Der zum Jahr 1953 geplante Band zur MfS-Berichterstattung dürfte dazu Klärendes beitragen.

III.

Die folgenden drei Sektionen bringen eine

Kombination von mikrohistorisch angelegten Einzelstudien und methodischen bzw. methodologischen Überlegungen. Die dabei gewählte Einteilung („Mikrostudien – Methodologie“, „Feldstudien“ sowie „Lokalstudien“) ist freilich verwirrend. Worin unterscheiden sich „Lokal-“ von „Feld-“ und „Mikrostudien“?

Es sind drei Fragen, die fast alle Beiträge in unterschiedlicher Weise aufwerfen oder doch implizit anpeilen: Welche Reichweite hatte das MfS, wie war zumal seine Präsenz „in den Köpfen“ der Menschen „ohne Leitungsfunktionen“ (Renate Hürtgen)? – Zum zweiten geht es um die Medien und Praktiken der Gewinnung, Sicherung und Auswertung von Informationen. Neben dem Berichtswesen und den offiziellen wie inoffiziellen Mitarbeitern gilt vermehrte Aufmerksamkeit (zu recht!) den „Kontaktpersonen“ (in bestimmten Funktionsstellungen, zum Beispiel in Betrieben; vgl. Gary Bruce und Thomas Schaar Schmidt). – Die dritte Frage schließlich gilt dem Schweigen über die Stasi.

Zur ersten Frage, der Reichweite: Bruce unterstreicht (in seinem Beitrag über zwei Kreisdienststellen des MfS im Brandenburgischen) die relative Vielfalt konkreter Umsetzungen der generellen Vorgaben. Erkennbar wird das Spektrum dessen, was innerhalb einer Großbürokratie offenbar möglich war, selbst wenn die Ansprüche auf strikte Kontrolle und Konformität besonders hoch waren.

Auf eine (wohl parallele) Differenz im Zeitablauf verweist die Studie von Renate Hürtgen. Sie widmet sich in einzelnen Ausschnitten dem Großbereich der Wirtschaft bzw. hier der industriellen, vornehmlich der großindustriellen, Produktion. Die Verfasserin zeigt dreierlei überzeugend: zum einen eine ‚mitlaufende‘ Zulieferung von Informationen durch Personen mit einfachen oder mittleren (und in jedem Fall derer mit höheren) Leitungsfunktionen im Rahmen ihrer vielfältigen Berichtspflichten. Dies waren Leistungen, die die Betreffenden nicht selten als „eher lästig“ wahrnahmen (S. 305). Zum zweiten markiert Hürtgen Grenzen der Suche nach „Feinden“: Trotz aller Anstrengungen führten

¹ Der Band für 1976 ist inzwischen erschienen: Siegfried Suckut (Hrsg.), Die DDR im Blick der Stasi 1976: Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009.

zahlreiche „operative Vorgänge“ - mit dem Ziel der Überführung der Betroffenen als Straftäter – nicht zu dem vom MfS gewünschten Ergebnis. Dennoch sieht Hürtgen bei „ein-fachen Beschäftigten“ eine nachhaltige Wirkung: Aus einzelnen Indizien, aber auch dem Verhalten in den Wochen des Aufbruchs und der revolutionären Bewegungen 1989, macht sie plausibel, dass unterhalb der ‚Kommandohöhen‘ ein fortdauerndes diffuses Angstgefühl vor „der Staatsmacht“ verbreitet war. Das MfS erschien als Teil dieser Staatsmacht, freilich als ein besonders bedrohlicher.

Auf parallele, in anderer Weise kontraproduktive Wirkungen der MfS-Obsession mit der „Feind“-Bekämpfung macht Patrice Poutros aufmerksam. Er betont, dass das MfS politische Exilanten, aber auch die Migranten, die als zeitweilige Arbeitskräfte aus „sozialistischen Bruderländern“ in die DDR geholt wurden, gleichermaßen mit massivem Misstrauen behandelte. Als ‚Fremde‘ waren sie ‚eigentlich‘ unerwünscht, da sie im Zweifel die gute Ordnung, die man erstrebte oder behauptete, stören, wenn nicht gefährden würden. Es waren aber erst die Beobachtungs- und Kontrollpraktiken der Stasi, die jene Fremdheit herstellten (oder begünstigten), die diesen Menschen immer schon unterstellt wurde (vgl. die Erläuterung eines Berichtes der Bezirksverwaltung Rostock, offenbar vom Spätsommer 1989, hier freilich ohne Datierung).

Georg Wagner-Kyora schlägt eine andere Akzentuierung vor – dies zugleich ein Beitrag zur zweiten Perspektive, der Gewinnung von Informationen. Dabei widerspricht seine Lesart (zumal) von IM-Berichten keineswegs den eben erörterten Perspektiven. Dem Verfasser geht es um „Sinndeutungen“ dessen, was er (selbst einigermassen hermetisch) „hermetische Dialogisierung des Betriebsalltags“ nennt (S. 235ff.).²

Wagner-Kyora vertritt die These, anhand der vielfach detaillierten Berichte an das (oder innerhalb des) MfS, in denen betriebliche Arbeitsverrichtungen (oder deren Defizite) geschildert werden, seien auch „die klassengesellschaftlichen Herrschaftsbeziehungen zwischen an- und ungelerten Arbeitern, Facharbeitern und unteren Angestellten zu analysieren“ (S. 233). Weiterhin ließen sich

„spezifische Kommunikationsstrukturen und -inhalte“ im Rahmen betrieblicher Hierarchien nachzeichnen. Nicht zuletzt könnte die Abgrenzung gegenüber Akademikern und „neuer Intelligenz“ die Unterscheidung zwischen ‚Eigenem‘ und ‚Fremdem‘ verdeutlichen, etwa wenn Ausreise- oder Fluchtwilligen oder eventuellen Spionen nachgespürt wurde (S. 234). Nicht klar wird mir, inwieweit es sinnvoll und weiterführend ist, hier stets nach Identitätskonstruktionen zu fragen (S. 240ff).³

Schließlich – und drittens – das Schweigen über die Stasi. Dorothee Wierling (ähnlich aber auch Sandrine Kott und Jan Palmowski) verweist in ihrem Kommentar zu Recht auf Schweigsamkeiten in den Erinnerungen von Menschen, die womöglich Gegenstand von MfS-Observation und vielleicht auch „Zersetzung“ waren. Sie sieht das Schweigen aber auch (vielleicht sogar vermehrt) bei den Handelnden des MfS, den hauptamtlichen Mitarbeitern wie ihren „Kontaktpersonen“ oder IMs, aber auch bei anderen, die sich im Zweifel weggeduckt oder weggeschaut haben.

Damit verstärkt sich ein Punkt, der bei Hürtgen, Poutros, Bispinck, aber auch bei Agnès Arp unter anderem oder Wagner-Kyora angedeutet ist: Es war nicht ‚der‘ Apparat, der ‚gegen‘ ‚die‘ Gesellschaft stand. Vielmehr zeigen sich Gleichzeitigkeiten – im Alltag eines Betriebsdirektors wie eines Industriemeisters, in den Praktiken eines Produktionsarbeiters wie einer Schreibkraft, ob in einem VEB, einer PGH, der HO oder bei den „Organen“ von Partei und Staat. Das All-

²Mit enormem methodologisch-methodischem – oder eher: rhetorischem Aufwand konstatiert der Verf. das weitgehende Fehlen von Diskursgeschichte in der DDR-Forschung. Freilich, Diskursanalyse ist sehr wohl Teil sozial- und alltagsgeschichtlicher Forschungen der DDR-Geschichte, vgl. etwa Arbeiten von Dorothee Wierling oder Jan Palmowski.

³Wagner-Kyoras scharfe, aus meiner Sicht überzogene Polemik gegen die Kritik Lutz Niethammers an der Ubiquität von Identitätsannahmen zumal in der neueren und Zeitgeschichte (S. 247, Anm. 103) mag man der Markierung einer eigenen Position zuschreiben. Das Problem der Verdinglichung und erkenntnis-hindernden Vereinheitlichung einzelner Befunde (die Niethammer an der „Identität“ kritisiert) wird damit freilich nicht ausgeräumt. Überdies hat sich die Diskussion insofern produktiv verändert, als Fragen nach Identität abgelöst werden durch Erkundungen zu den Praktiken der „Identifikation“ (dazu u.a. Jane Caplan).

tagsleben mit den wie in den ‚Apparaten‘ war mehrschichtig.

Ein zweites war ebenfalls nicht auf einzelne Funktionen, Personen oder Bereiche beschränkt; es bleibt aber in diesen Beiträgen ein blinder Fleck. Es ist der Reiz des Mitmachens, die Lust am Schreiben, der Kick des Denunzierens – die Machtlust, die das aktive Dabeisein versprach oder vermitteln konnte. Sie war gewiss nicht auf Spitzenfunktionäre oder Betriebsdirektoren beschränkt.

HistLit 2011-3-009 / Alf Lüdtke über Gieseke, Jens (Hrsg.): *Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalldag in der DDR*. Göttingen 2007, in: H-Soz-Kult 05.07.2011.